

## Entschließungsantrag

der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

zur Großen Anfrage der Abgeordneten Engelsberger, Dr. Olderog, Frau Hoffmann (Soltau), Frau Geiger, Bohlsen, Hinsken, Dr. Jobst, Kittelmann, Kolb, Magin, Pohlmann, Biehle, Rossmanith, Louven, Dörflinger, Kalisch, Feilcke, Bühler (Bruchsal), Carstensen (Nordstrand), Deres, Echternach, Saurin, von Schmude, Schulze (Berlin), Tillmann, Dr. Unland, Zierer, Daweke, Marschewski, Rode (Wietzen), Frau Rönsch, Dr. Lammert, Hedrich, Frau Verhülsdonk, Brunner, Dr. Kunz (Weiden), Dr. Möller, Pesch, Dr. Becker (Frankfurt), Dr. Laufs, Wilz, Freiherr von Schorlemer, Schreiber, Ganz (St. Wendel), Dr.-Ing. Kansy, Hornung, Müller (Wadern), Keller, Hanz (Dahlen), Doss, Schneider (Idar-Oberstein), Hinrichs, Berger, Pöpl, Fischer (Hamburg), Straßmeir, Fellner, Dr. Faltlhauser, Seesing, Milz, Jagoda, Seehofer, Lowack, Graf von Waldburg-Zeil, Sauer (Stuttgart), Dr. Friedmann, Krey, Frau Krone-Appuhn, Schwarz, Kroll-Schlüter, Niegel, Ruf, Funk, Gerstein, Dr. Hoffacker, Susset, Wissmann und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Feldmann, Hoffie, Grünbeck, Dr. Solms, Dr. Rumpf, Frau Seiler-Albring, Dr. Weng (Gerlingen), Paintner, Bredehorn, Dr. Haussmann, Beckmann, Wolfgramm (Göttingen) und der Fraktion der FDP  
— Drucksachen 10/4590, 10/5455 —

### Fremdenverkehrspolitik

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der Tourismus ist einer der Dienstleistungssektoren mit anhaltend beachtlichen Wachstumschancen. Er hat sich in allen zurückliegenden Stagnationsphasen als außerordentlich widerstandsfähig erwiesen. Seine Entwicklung ist abhängig von der Sicherung der erforderlichen Rahmenbedingungen.

Der Tourismus ist ein zunehmend bedeutenderer Faktor für Wirtschaft und Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Rund 80 Mio. Urlaubs- und Kurzurlaubsreisen und etwa 1 Mrd. Tagesreisen werden pro Jahr neben dem derzeit nicht quantifizierbaren Tourismus aus geschäftlichem Anlaß durchgeführt.

Im deutschen Fremdenverkehr werden schätzungsweise 3 % des Bruttosozialproduktes erwirtschaftet, das ist mehr als in anderen wichtigen Wirtschaftsbereichen, wie z. B. in der Stahlindustrie oder der Landwirtschaft.

Über 1,5 Mio. Arbeitsplätze sind in der Bundesrepublik Deutschland direkt oder indirekt vom Fremdenverkehr abhängig.

Tourismus hat ein erhebliches außenwirtschaftliches Gewicht. Zwar ist die Reiseverkehrsbilanz traditionell defizitär (24,7 Mrd. DM im Jahr 1985), mit Deviseneinnahmen von 17,4 Mrd. DM steht die Tourismuswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland aber in der Welt an 6. Stelle.

Die über 40 Mrd. DM betragenden deutschen Touristenausgaben im Ausland verbessern die Leistungsbilanzen vieler Fremdenverkehrsländer und ermöglichen ihnen größere Warenimporte aus der Bundesrepublik Deutschland.

2. Der Tourismus hat in Europa weitaus größere Bedeutung als in allen anderen Kontinenten. Besonders intensiv hat er sich zwischen den dem westlichen Wirtschaftsraum zuzurechnenden Ländern entwickelt. 53 % aller Auslandsausgaben deutscher Touristen fließen in die Länder der Europäischen Gemeinschaft einschließlich Spanien und Portugal, insgesamt 87 % der Auslandsreiseausgaben der Deutschen erfolgen in Europa (ohne Staatshandelsländer). 46 % unserer Einnahmen stammen von Touristen aus der EG, aus Europa sind es 75 %.

Die weitere Entwicklung des Tourismus in Europa ist durch eine Vielzahl von Hemmnissen erschwert. Teils beruhen sie auf unterschiedlichen Rechtssystemen und bürokratischer Schwerfälligkeit, teils sind sie Folge noch immer bestehender und sich partiell verstärkender nationalstaatlicher protektionistischer Tendenzen.

3. Bundesunternehmen sind vielfältig in der Fremdenverkehrswirtschaft unternehmerisch tätig und finanziell beteiligt. Vor allem Deutsche Lufthansa und Deutsche Bundesbahn dringen mit ihren fremdenverkehrswirtschaftlichen Aktivitäten immer weiter in die vorwiegend mittelständisch strukturierten Bereiche des Reisebüro- und des Gastgewerbes ein. Gesamtwirtschaftlich und wettbewerbspolitisch und vor allem ordnungspolitisch ist das nicht vertretbar.
4. Die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) hat die Aufgabe, das weitestgehend von mittelständischen Unternehmen erbrachte deutsche Tourismusangebot im Ausland wirksam bekannt zu machen und auf den Markt zu bringen. Ihrer erfolgreichen Werbung und Absatzförderung ist es weitgehend zu verdanken, daß der Ausländertourismus in die Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren hohe Zuwachsraten erzielen und damit zur Sicherung eines hohen Beschäftigungsniveaus in der deutschen Fremden-

verkehrswirtschaft beitragen konnte. Dennoch sind die Möglichkeiten der Werbung im Ausland für einen Deutschlandurlaub bei weitem nicht erschöpft. Der Werbeaufwand der DZT bleibt immer noch hinter den Anstrengungen konkurrierender Nachbarländer wesentlich zurück. Die DZT und ihre Vertretungen im Ausland müssen deshalb finanziell und personell besser ausgestattet werden.

5. Im Gegensatz zum Ausländertourismus nach Deutschland und zu den Auslandsreisen deutscher Touristen scheint der Erholungstourismus der Deutschen im Inland trotz inzwischen wieder steigender realer Einkommen der Privathaushalte zu stagnieren. Die Klärung der Ursachen dieser für die deutsche Fremdenverkehrswirtschaft unbefriedigenden Entwicklung ist durch den Mangel an hinreichender Beobachtung des Tourismus erschwert.

Deshalb ist die touristische Grundlagenforschung zu intensivieren und die amtliche Statistik stärker auf die Belange der Fremdenverkehrswirtschaft auszurichten.

6. Die Wettbewerbsfähigkeit des touristischen Angebots in der Bundesrepublik Deutschland ist weitgehend von der Leistungsfähigkeit der kommunalen Fremdenverkehrseinrichtungen abhängig. Sie kann durch eine vermehrte Ausbildung und Beschäftigung fachlich qualifizierter Fremdenverkehrskaufleute maßgeblich verbessert werden.

Darüber hinaus wäre es wünschenswert, wenn die Öffnungszeiten der Fremdenverkehrsämter stärker auf die Besonderheiten der Branche ausgerichtet würden.

7. Das deutsche Hotel- und Gaststättengewerbe trägt durch seinen allgemein hohen Qualitätsstandard maßgeblich zur Attraktivität des inländischen Angebots bei. Dieses hohe Niveau ist jedoch durch eine seit Jahren steigende Fluktuationsrate im Gastgewerbe gefährdet. Dieser Tendenz kann auch durch eine verbesserte Sachkunde begegnet werden.
8. In den letzten Jahren haben gastronomische Aktivitäten von gesellschaftlichen Gruppen, in Vereinen organisiert oder in loser Form verbunden, an Boden gewonnen, die den Wettbewerb im Gastgewerbe verfälschen und immer stärker gewerbliche Unternehmen aus dem Markt drängen.

Hauptursache dafür ist, daß gastronomisch tätige Vereine und andere Gruppen von Abgaben und behördlichen Auflagen faktisch weitgehend befreit sind, denen gewerbliche gastronomische Unternehmen zwingend unterliegen.

9. Nahezu drei Viertel der Inlandsreisen werden mit Pkw und Bus und fast ein Viertel mit der Bahn durchgeführt. Ein gut ausgebautes Netz von Autobahnen, Bundes- und sonstigen Straßen sowie attraktive Eisenbahnverbindungen sind für den Fremdenverkehr unverzichtbare Voraussetzungen.

Von einer weiteren landschafts- und umweltschonenden Verbesserung des Verkehrswegeetzes sind für den Tourismus in Deutschland zusätzliche Impulse zu erwarten.

10. Erholungstourismus, gleichgültig ob kurz- oder längerfristig, ist auf weitgehend intakte Natur und Landschaft angewiesen. Tourismus und Umweltsicherung sind keine Gegensätze, bedingen sich vielmehr gegenseitig. Deshalb sind die Pflege und Erhaltung von Natur und Landschaft unabdingbare Voraussetzungen für die weitere Entwicklung des Tourismus.
11. Heilbäder und Kurorte sind nicht nur Stätten gesundheitsfördernder Erholung, sondern eminent wichtige Institutionen der Volksgesundheit. Zur Wiederherstellung der Gesundheit von Millionen unserer Bürger gibt es zu ihnen keine Alternative.

Die Aufklärung über die gesundheitliche und volkswirtschaftliche Bedeutung der Kur muß weiter verbessert werden.

12. Politische Zuständigkeiten für Tourismus und Fremdenverkehr bestehen nicht nur bei einer Vielzahl von Gebietskörperschaften, auch auf Bundesebene ist eine Vielzahl von Ressorts mit diesen Problemen befaßt. Eine verstärkte Zusammenarbeit in tourismusrelevanten Fragen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ist erforderlich. Um die internationale Konkurrenzfähigkeit von Fremdenverkehr und Tourismus in unserem föderativen System zu sichern, ist eine zentrale fremdenverkehrspolitische Koordinierungsstelle auf Bundesebene wünschenswert.
13. Angesichts der immer noch zunehmenden wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Bedeutung des Fremdenverkehrs muß der Deutsche Bundestag regelmäßig über die Entwicklung des Fremdenverkehrs informiert werden, um sich mit seinen Problemen auseinandersetzen zu können.

Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß der Fremdenverkehr entsprechend seiner großen wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Bedeutung einen festen Platz in der Arbeit des Parlaments haben soll und daß dem durch die Einsetzung eines Unterausschusses für Fremdenverkehr und Tourismus entsprochen werden soll.

## II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. Das Europa der Bürger muß mit allem Nachdruck verwirklicht werden. Die Vielzahl von noch bestehenden Hemmnissen im Tourismus ist in der EG nach dem Vorbild der OECD systematisch zu erfassen und vordringlich und ohne neuen bürokratischen Formalismus zu beseitigen.
2. Öffentliche Dienstleistungen müssen auf allen drei Ebenen der öffentlichen Hand verstärkt durch private Dienstlei-

stungen ersetzt werden. Hier muß die Bundesregierung beispielgebend sein.

Die Privatisierungspolitik der Bundesregierung muß auch im Fremdenverkehr wirksam werden. Dies gilt nicht nur für die Bundesunternehmen selbst, sondern auch für ihre Töchter sowie Beteiligungen des Bundes in der Fremdenverkehrswirtschaft. Die monopolartigen Verkehrsunternehmen in der Hand des Bundes sind daran zu hindern, ihre touristischen Aktivitäten noch weiter zu Lasten der mittelständischen Fremdenverkehrswirtschaft auszudehnen. Vielmehr ist ein Rückzug der Bundesunternehmen aus diesen Bereichen zu gewährleisten.

3. Die Leistungskraft der Deutschen Zentrale für Tourismus ist nachhaltig zu stärken. Dabei ist auf eine die Effizienz erhöhende zeitgemäße technische Ausstattung ebenso hinzuwirken. Der Ausbau der DZT zum „Akquisiteur im Ausland“, wie durch einstimmige Entschließung des Deutschen Bundestages mehrfach, zuletzt am 9. Dezember 1982, gefordert (Drucksache 9/2255), ist durch personelle und Sachmittelverstärkung jetzt zügig zu verwirklichen. Der Erschließung von Märkten in Ländern, deren wirtschaftliche Entwicklung künftig einen stärkeren Auslands-tourismus erwarten läßt, ist besonderes Gewicht beizumessen.
4. Die Bemühungen des Deutschen Fremdenverkehrs um Ursachenuntersuchung und -therapie angesichts der anhaltenden Stagnation des Inlandstourismus sind in Abstimmung mit den Bundesländern nach Kräften zu unterstützen. Erkennbare Hemmnisse für den Inlandsurlaub sind zu beseitigen. Es ist gemeinsam mit den Bundesländern zu prüfen, wie z. B. Kurabgaben abgebaut oder ersetzt werden können. Vor allem sind die Bemühungen des DFV um eine Verbesserung der touristischen Grundlagenforschung auch finanziell zu unterstützen.

Bei den Verbänden der Fremdenverkehrswirtschaft ist nachdrücklich darauf hinzuwirken, daß sie eine überzeugende gemeinsame Konzeption für den Urlaub in Deutschland entwickeln und regelmäßig fortschreiben.

Das Tourismuspolitische Programm der Bundesregierung ist zu aktualisieren, um der Fremdenverkehrswirtschaft notwendige Orientierungshilfen zu geben.

5. Die Forderungen und Vorschläge der Fremdenverkehrswirtschaft für aussagefähige Statistiken des Tourismus und deren Verknüpfung mit dem umfangreichen System der Wirtschafts- und Gesellschaftsstatistiken sind unter Berücksichtigung der noch immer zunehmenden Bedeutung des Tourismus zu untersuchen und zu unterstützen.
6. Das Förderungsinstrumentarium der Bundesregierung ist in enger Abstimmung mit den Bundesländern und Gemeinden vorrangig darauf auszurichten, durch Moder-

nisierung und bessere Auslastung bestehender Kapazitäten den notwendigen Wachstumsspielraum für den Tourismus zu gewährleisten. Einem unbeschränkten Wachstum einzelner Fremdenverkehrsgemeinden und einem überzogenen Ausbau von Beherbergungskapazitäten ist entgegenzuwirken.

Bei der Verbesserung des Straßennetzes sowie der Eisenbahn-, Flug- und Busverkehre ist den Erfordernissen und Belangen des Fremdenverkehrs unter Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte verstärkt Rechnung zu tragen.

7. Wettbewerbsverzerrende Einflüsse des Gemeinnützigkeitsrechts sind zu beseitigen. Eine Straffung der Regelungen des § 12 GastG ist erstrebenswert.
8. Die gesundheitspolitische Aufklärung über die Heilbehandlung in Kurorten und über ihre gesamtwirtschaftlichen Kostenvorteile ist zu verstärken. Auch im Bereich der Balneologie ist eine Verbesserung der Grundlagenforschung erforderlich.
9. Die Zusammenarbeit des Bundes mit allen mit dem Fremdenverkehr befaßten öffentlichen und privaten Institutionen ist – auch institutionell – zu verbessern.

Auf Bundesebene ist eine zentrale Koordinierungsstelle für Tourismusfragen einzurichten.

Dem Deutschen Bundestag ist in regelmäßigen Abständen über die Entwicklung des Fremdenverkehrs zu berichten.

Bonn, den 15. Oktober 1986

**Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion  
Mischnick und Fraktion**



